

Stadt Schwarzenbek

Vorbericht zum
IV. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr
2015

Inhalt des Vorberichtes

- a) Übersicht über die Finanzlage der Stadt Schwarzenbek
- b) Vorwort
(§ 6 Abs. 2 GemHVO-Doppik)
- c) Übersicht über die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Krediten
(§ 6 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO-Doppik)
- d) Übersicht über erhebliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit den finanziellen Auswirkungen für die folgenden Jahre
(§ 6 Abs. 1 Ziffer 5 GemHVO-Doppik)
- e) Übersicht über die geplanten Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
- f) Übersicht über die Gesamtverschuldung der Stadt
(§ 6 Abs. 1 Ziffer 17 GemHVO-Doppik)

Auf die Beifügung der weiteren Aufstellungen gemäß § 6 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde verzichtet, da diese im Rahmen des IV. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015 keine Veränderungen erfahren haben.

a)

Übersicht über die Finanzlage der Stadt Schwarzenbek

Die Finanzlage der Stadt Schwarzenbek stellt sich nach den vorliegenden Jahresabschlüssen und der Planung wie folgt dar:

| Lfd. Nr. | | in TEUR | |
|----------|--|---------|---------|
| 1. | bis Ende 2013 aufgelaufene Defizite | -5.677 | |
| 2. | einen Jahresüberschuss 2014 | 0 | |
| 3. | einen Jahresfehlbetrag 2014 | -71 | |
| 4. | erwartete Überschüsse in den Jahren 2015 bis 2018 | 0 | |
| 5. | erwartete Defizite in den Jahren 2015 bis 2018 | -8.754 | |
| 6. | zu erwartende aufgelaufene Defizite bis Ende 2018 (Summe lfd. Nr. 1 bis 5) | -14.502 | |
| 7. | Eigenkapital Ende 2013 | 15.064 | |
| 8. | Eigenkapital Ende 2018 | 6.239 | |
| 9. | Anstieg der liquiden Mittel in den Jahren 2014 bis 2018 um | 0 | |
| 10. | Abnahme der liquiden Mittel in den Jahren 2014 bis 2018 um | -8.953 | |
| | | in TEUR | EUR/Ew. |
| 11. | eine Verschuldung Anfang 2014 | 12.249 | 755 |
| 12. | eine Verschuldung Ende 2018 | 10.440 | 682 |
| 13. | eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Anfang 2014 | 15.800 | 1.040 |
| 14. | eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2014 | 14.800 | 981 |
| 15. | eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2018 | 12.800 | 837 |
| 16. | ein Bestand an Kassenkrediten Ende 2013 | 800 | 52 |
| 17. | eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Anfang 2014 | 16.600 | 1.093 |
| 18. | eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Ende 2014 | 16.900 | 1.120 |

Die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein zum 31.03.2014 fortgeschriebene Einwohnerzahl beträgt 15.297 EinwohnerInnen.

b)

Vorwort

Gemäß § 95 b der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO) kann die Haushaltssatzung bis zum Ende des Haushaltsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden. Für die Nachtragshaushaltssatzung gelten die Vorschriften über die Haushaltssatzung entsprechend.

So hat die Stadt unter anderem dann eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen und/oder Auszahlungen bei einzelnen Produktsachkonten in einem im Verhältnis zu den gesamten Aufwendungen und/oder gesamten Auszahlungen erheblichen Umfang geleistet werden müssen oder sich zeigt, dass trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Jahresfehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.

Die aktuelle Entwicklung im Bereich der Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Kontingentflüchtlingen macht erneut die Aufstellung einer (weiteren) Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 notwendig. Die stetig steigende Anzahl der hilfesuchenden Personen, die im Stadtgebiet untergebracht werden müssen, stellt die Stadt Schwarzenbek vor neue Herausforderungen.

Nachdem bereits zwei Nachtragshaushaltspläne im Haushaltsjahr 2015 von der jeweiligen Entwicklung im Bereich der Unterbringung für hilfesuchende Personen geprägt waren, liegt nunmehr der dritte Nachtragshaushaltsplan – somit insgesamt der vierte Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 – vor, der auf Grund der derzeitigen Flüchtlingssituation aufzustellen ist.

Mit diesem Nachtragshaushaltsplan werden zum einen die Voraussetzungen geschaffen, notwendige Maßnahmen zur Umnutzung des Gebäudes der ehemaligen Realschule zu einer Notunterkunft für hilfesuchende Personen einleiten zu können. Die hierfür veranschlagten Auszahlungen belaufen sich auf 900 TEUR. Nach Umnutzung in eine Notunterkunft wird es möglich sein, dort rund 120 hilfesuchende Personen unterzubringen. Zum anderen sind 100 TEUR für den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft in mobiler Architektur veranschlagt. Beide Maßnahmen sollen noch im Haushaltsjahr 2015 umgesetzt werden.

Bei den veranschlagten Auszahlungen – mithin insgesamt 1.000 TEUR – handelt es sich um investive Auszahlungen. Die Aufnahme eines (weiteren) Kredites für Investitionen und Investitionsmaßnahmen in gleicher Höhe ist daher unabdingbar.

Für den Neubau, den Umbau, den Erwerb, die Modernisierung sowie die Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften stellt die KfW-Bankengruppe Sonderkredite zur Verfügung. Der Zinssatz beträgt 0,00 % p. a. und wird zunächst für zehn Jahre festgeschrieben. Die Kreditlaufzeit beträgt im Regelfall 30 Jahre. Die ersten fünf Jahre sind tilgungsfreie Anlaufjahre. In den ersten fünf Jahren ist somit keine Annuität zu leisten, so dass zum jetzigen Zeitpunkt weder der Ergebnis- noch der Finanzplan für Zinszahlungen bzw. Tilgungsleistungen fortzuschreiben war.

Weitere Änderungen wurden im Rahmen des IV. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015 nicht vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist besonders zu erwähnen, dass der Ergebnisplan für das Haushaltsjahr 2015 im Rahmen des IV. Nachtrages nicht verändert wurde.

Die geänderte finanzielle Gesamtsituation der Stadt Schwarzenbek lässt sich im Detail den beigefügten Aufstellungen entnehmen.

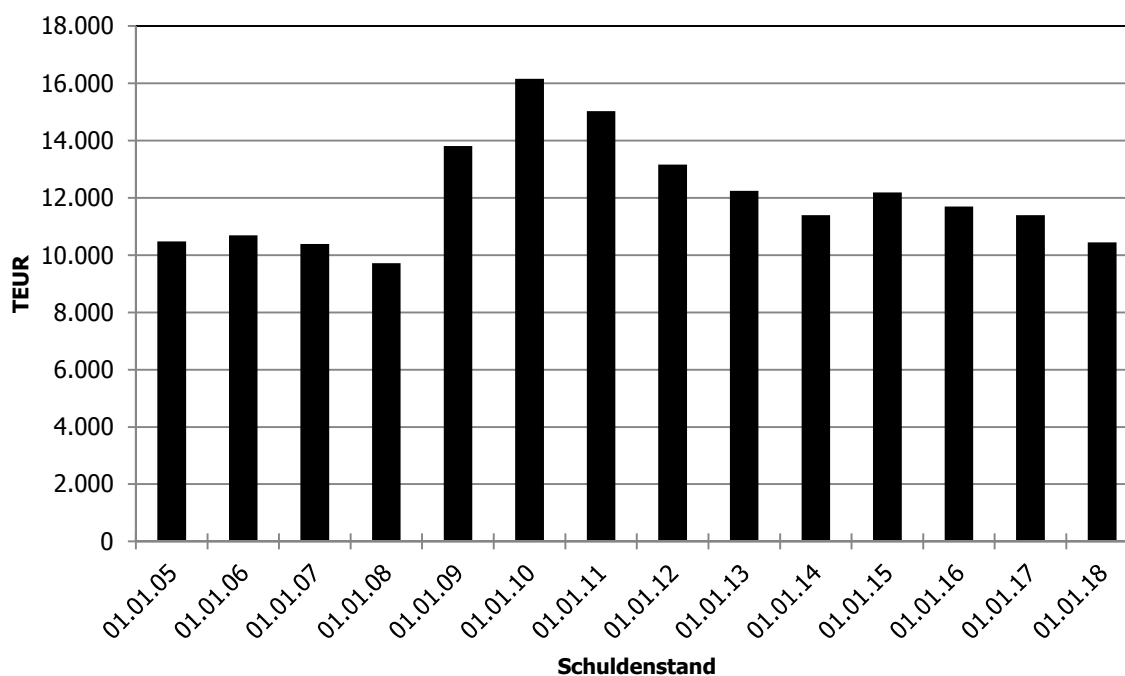
Unter Anwendung der Vorschriften der Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik – GemHVO-Doppik) sind im Nachtragshaushaltsplan ausschließlich Veränderungen aufgeführt. Daher werden Aufstellungen, die keine Veränderung erfahren haben, lediglich mit dem Hinweis „Aufstellung entfällt, keine Änderung vorhanden“ aufgeführt. Teilpläne, in denen keine Veränderungen vorgenommen wurden, werden im Nachtragshaushaltsplan nicht dargestellt.

c)

Übersicht über die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Krediten (ohne Umschuldung)

| Haushaltsjahre | Stand am 01.01. | + Kredit-aufnahmen | ./. Tilgung | Stand am 31.12. | | nachrichtlich: Restkreditermächtigung ¹ |
|----------------|-----------------|--------------------|-------------|-----------------|---------|--|
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | EUR/Ew. | TEUR |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Ist - 2011 | 16.158 | 0 | 1.126 | 15.032 | 1.002 | 0 |
| Ist - 2012 | 15.032 | 0 | 1.877 | 13.155 | 871 | 0 |
| Ist - 2013 | 13.155 | 0 | 906 | 12.249 | 805 | 0 |
| Soll - 2014 | 12.249 | 0 | 859 | 11.390 | 755 | ***** |
| Soll - 2015 | 11.390 | 1.689 | 891 | 12.188 | 797 | ***** |
| Soll - 2016 | 12.188 | 401 | 889 | 11.700 | 765 | ***** |
| Soll - 2017 | 11.700 | 621 | 930 | 11.391 | 745 | ***** |
| Soll - 2018 | 11.391 | 0 | 951 | 10.440 | 682 | ***** |

¹ Restkreditermächtigung, die in das Folgejahr übertragen wird.



d)

Übersicht über erhebliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr

Gemäß § 5 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 sind Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dann erheblich, wenn die durchzuführende Einzelmaßnahme den Betrag von 10.000 Euro übersteigt.

| Investition | | Ansatz 2015 in TEUR | Finanzielle Auswirkungen | |
|--|--|-------------------------------------|---|-------------------|
| Produkt Sachkonto | Maßnahme | Gesamtaus- gabebedarf in TEUR | Art | Betrag in TEUR |
| 11125 78310000 Proj. 7025 | Erwerb eines neuen Servers | 13 | Abschreibungen p.a. | 4 |
| | | 13 | | |
| 11125 78310000 Proj. 7024 | Erwerb eines neuen Fachverfahrens im Bereich HKR/Doppik | 37 | Abschreibungen p.a. Aus- und Fortbildung Datenübernahmen Softwarepflege ab 2016 | 7 22 15 |
| | | 37 | | |
| 12206 78210000 Proj. 7023 | Erwerb Asylbewerberunter- kunft | 681 | Abschreibungen p.a. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen abzgl. Benutzungsgebühren/Entgelte | 8 -44 |
| | | 681 | | |
| 31551 78510000 Proj. 3155115001 | Herrichtung Sammelunterkunft für Asylsuchende (Berliner Str.) - Umnutzung | 900 | Abschreibungen p.a. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen abzgl. Benutzungsgebühren/Entgelte | 32 |
| | | 900 | | |
| 31552 78510000 Proj. 3155215001 | Erwerb Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende | 100 | Abschreibungen p.a. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen abzgl. Benutzungsgebühren/Entgelte | 5 |
| | | 100 | | |
| 36508 78510000 Proj. 7019 | Umbaumaßnahme für die KiTa Pavillon (Abgang Ermächtigungsvortrag, Neuveranschlagung Teilbetrag) | 287 | Abschreibungen abzgl. Auflösung von Sonderposten p.a. | 4 |
| | | 330 | | |
| 57304 78510000 Proj. 7002 | Erneuerung der gemeinsamen Wärmeversorgungszentrale GGS (BHKW) (Abgang Ermächtigungsvortrag, Neuveranschlagung Teilbetrag) | 116 | Abschreibungen p.a. Einzahlungen im Rahmen einer bewilligten Sonderbedarfswweisung | 104 450 |
| | | 1.130 | | |

e)

Übersicht über die Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

| Haushalts- jahre | Fortgeschriebener Planansatz in TEUR | Ist in TEUR | Nicht mehr benötigte Ermächtigung ¹ in TEUR | In das Folgejahr übertragen | | <u>nachrichtlich:</u> Investitionsvolumen gepl. kreditähnlicher Rechtsgeschäfte ² in TEUR |
|---------------------|--|--------------------|---|-----------------------------|---|--|
| | | | | Gesamt in TEUR | aus Planungen der Vorjahre ³ in TEUR | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| 2011 | 2.684 | 1.374 | 882 | 428 | 122 | 426 |
| 2012 | 2.158 | 922 | 549 | 715 | 28 | 490 |
| 2013 | 2.850 | 1.552 | 241 | 1.157 | 100 | 518 |
| 2014 | 2.436 | ----- | 1.030 | 1.005 | 118 | 547 |
| 2015 | 2.811 | ----- | 402 | ----- | ----- | 578 |
| 2016 | 1.033 | ----- | ----- | ----- | ----- | 611 |
| 2017 | 1.408 | ----- | ----- | ----- | ----- | 646 |
| 2018 | 1.460 | ----- | ----- | ----- | ----- | 683 |

¹ Gründe für nicht mehr benötigte Ermächtigungen können sein: Die Maßnahme konnte mit geringeren Auszahlungen durchgeführt werden; die Maßnahme soll nicht mehr durchgeführt werden; die Maßnahme ist erneut veranschlagt worden oder soll erneut veranschlagt werden.

² Kreditähnliche Rechtsgeschäfte sind in dem Jahr erstmals zu erfassen, in dem der Vertrag geschlossen wird.

³ Die Teile der in Spalte 5 angegebenen übertragenen gesamten Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die schon in Vorjahren geplant waren und erneut übertragen werden sollen.

f)

Übersicht über die Gesamtverschuldung¹ der Stadt Schwarzenbek jeweils zum 31.12.

| Haushaltsjahre | Schulden des Haushalts aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | | Kassenkredite des Haushalts | | Eigenbetriebe nach § 106 GO | | Sondervermögen nach § 97 GO | | Unternehmen und Einrichtungen, die nach § 101 Abs. 4 GO ganz oder teilweise nach EigVO geführt werden | | Kommunalunternehmen nach § 106 a GO | | Gesellschaften ² | | Andere Anstalten ³ | | Gesamt I (Summe Spalten 2 und 4 bis 9) | | Gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ ⁴ | | Andere Gesellschaften ⁵ | | Treuhandvermögen ⁶ | | Stiftungen ⁷ | | Gesamt II (Summe Spalten 2 bis 9 und 12 bis 15) | | Kreditähnliche Rechtsgeschäfte ⁸ | | Gesamt III (Summe Spalten 16 und 18) | | Bürgschaften | |
|----------------|---|--------|-----------------------------|--------|-----------------------------|--------|-----------------------------|--------|---|----------|-------------------------------------|--------|-----------------------------|--------|-------------------------------|----------|---|----------|---|---------|------------------------------------|--------|-------------------------------|--------|-------------------------|--------|--|--------|---|--------|---|--|--------------|--|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | €/Ew | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | Mio. € | €/Ew. | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | | | | | | | | | | | | |
| 2011 | 15,0 | 9,3 | 3,7 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,4 | 0,0 | 19,1 | 1.273,22 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 28,3 | 1.890,23 | 19,1 | 1.273,76 | 47,4 | 3.164,0 | 0,0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| 2012 | 13,2 | 5,0 | 3,5 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,4 | 0,0 | 17,1 | 1.128,85 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 22,1 | 1.459,73 | 18,7 | 1.237,51 | 40,8 | 2.697,2 | 0,0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| 2013 | 12,2 | 0,8 | 3,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 0,0 | 15,8 | 1.040,30 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 16,6 | 1.092,89 | 18,1 | 1.189,85 | 34,7 | 2.282,7 | 0,0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| 2014 | 11,4 | 2,1 | 3,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 0,0 | 14,8 | 981,50 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 16,9 | 1.120,65 | 17,6 | 1.166,26 | 34,5 | 2.286,9 | 0,0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| 2015 | 12,2 | 2,6 | 2,9 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 0,0 | 15,4 | 1.006,04 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 18,0 | 1.176,01 | 17,0 | 1.111,33 | 35,0 | 2.287,3 | 0,0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| 2016 | 11,7 | 5,0 | 2,7 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 14,4 | 941,43 | | | | | | | 16,4 | 1.072,11 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2017 | 11,4 | 7,2 | 2,5 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 13,9 | 908,67 | | | | | | | 15,8 | 1.032,88 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2018 | 10,5 | 8,9 | 2,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 12,8 | 836,77 | | | | | | | 15,1 | 987,12 | | | | | | | | | | | | | | | | |

¹ Ohne Zweckverbände, ohne Gesellschaften, an denen die Stadt mittelbar beteiligt ist, ohne Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar nicht mit mehr als 50 % beteiligt ist, ohne gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ, zu deren Stammkapital die Stadt nicht mehr als 50 % beigetragen hat.

² Gesellschaften, an der die Stadt auch mittelbar mit mindestens 75 % beteiligt ist, einschließlich der Eigengesellschaften (Schulden der Gesellschaften sind entsprechend der Höhe der Beteiligung aufzunehmen).

³ Mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

⁴ Nur gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ, zu deren Stammkapital die Stadt mehr als 50 % beigetragen hat; die Schulden der gemeinsamen Kommunalunternehmen sind entsprechen der Höhe des Beitrags zum Stammkapital aufzunehmen.

⁵ Nur Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar mit mehr als 50 % beteiligt ist und nicht in Spalte 8 erfasst sind (Schulden der Gesellschaften sind entsprechend der Höhe der Beteiligung aufzunehmen).

⁶ Treuhandvermögen der Stadt, die von Dritten verwaltet werden (z.B. Städtebauförderung); siehe Ziffer 5 des Erlasses zur Kreditwirtschaft der Gemeinden vom 10. Januar 2012.

⁷ Rechtsfähige Kommunale Stiftungen nach § 17 Stiftungsgesetz.

⁸ Kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Stadt sowie der Ausgliederungen nach den Spalten 4 bis 9 sind mit Ausnahme der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nach § 1 der Genehmigungsfreiheitsverordnung vom 8. Januar 2007 zu erfassen; kreditähnliche Rechtsgeschäfte sind in dem Jahr erstmals zu erfassen, in dem der Vertrag geschlossen wird.